

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.12.2022

Inhalt

EWN

1 Noch mehr Windparks in der Ostsee: MV hat keine Alternative <i>Ostsee-Zeitung.de, 19.12.2022</i>	3
2 Wichtiger Schritt bei deutscher Atom-Endlagersuche bis 2027 <i>FAZ.NET, 19.12.2022</i>	4
3 Wie sicher ist Atommüll im Zwischenlager? <i>Bayerische Rundschau, 20.12.2022</i>	5

Noch mehr Windparks in der Ostsee: MV hat keine Alternative

In der Ostsee sollen noch mehr Windräder entstehen – und der Aufschrei der Urlaubsbranche scheint bereits gewiss. Doch die Zukunft des Landes hängt nicht am Tourismus, sie hängt an sauberer Energie. Der Ausbau ist die große Chance für MV, meint OZ-Reporter-Chef Andreas Meyer.

Rostock. Wer schon mal am Strand in Prerow war, hat die Zukunft gesehen: Weit draußen, ganz klein am Horizont, dreht sie sich. Nun wollen Bund und Land noch mehr Windräder vor den Küsten des Urlaubslandes ermöglichen. Und das ist das Beste, was MV passieren kann.

Kein Grund für einen Aufschrei

Der Aufschrei der Tourismusbranche dürfte angesichts der neuen Pläne gewiss sein. Aber, mal ehrlich: Ist ein einziger Tourist ferngeblieben, weil von Prerow aus Windräder im Meer zu sehen sind? Die Antwort dürfte ein klares „Nein“ sein. Die Windparks, die es bereits gibt, haben dem Urlaubsland nicht geschadet.

Im Gegenteil: Der Ausbau der erneuerbaren Energien

ist alternativlos. Auch auf See. Für den Nordosten ist er die größte Chance seit Jahrzehnten. Für Wartung und Betrieb der Windparks werden hunderte Spezialisten benötigt. Betriebe wie der Stahlrohr-Hersteller EEW im Rostocker Seehafen und möglicherweise auch der belgische Plattform-Bauer Smulders – wenn er sich denn in Warnemünde ansiedeln darf – könnten zu den neuen Jobmotoren im Land werden.

Standort-Vorteil „grüner Strom“

Und perspektivisch geht sogar noch mehr: Künftig spielt die Musik in der Industrie dort, wo es saubere Energie gibt. Grüner Strom ist der Standort-Vorteil der Zukunft. Kurzum: Wenn sich im Meer noch mehr dreht, dreht sich auch was für die Menschen in MV. Und von Urlaubern allein kann das Land nun mal nicht leben.

 FAZ.NET | 19.12.2022 WEBLINK

Wichtiger Schritt bei deutscher Atom-Endlagersuche bis 2027

Bei der Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den weiteren Zeitplan präzisiert.

Bis spätestens zur zweiten Jahreshälfte 2027 will die bundeseigene Gesellschaft einen Vorschlag zur Eingrenzung der Suche auf bestimmte Regionen vorlegen, wie sie am Montag in Peine mitteilte.

Bislang sind 90 sogenannte Teilgebiete für ein Endlager im Gespräch. 54 Prozent der Fläche Deutschlands gelten demnach als für ein atomares Endlager geologisch geeignet. Wenn die BGE so weit ist, übermittelt sie ihren Vorschlag für mehrere Standortregionen zur Prüfung an das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Am Ende muss der Bundesgesetzgeber dem Vorschlag zustimmen.

Die BGE hat nun auch einen sogenannten Rahmenterminplan bis zum Vorschlag für die Standortregionen vorgelegt. Damit sei nun klar, dass die im Stand-

ortauswahlgesetz angestrebte Festlegung des Standorts bis 2031 nicht mehr erreichbar ist. Das Bundesumweltministerium hatte schon im November erklärt, die Endlager-Suche werde sich über 2031 hinaus ziehen.

Ab dem Jahr 2024 will die BGE einmal im Jahr einen Arbeitsstand zu ihren vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen veröffentlichen, der auch Einschätzungen zu möglichen Standortregionen enthalten soll.

Die Brennelemente landen in Deutschland derzeit in Zwischenlagern, die sich meist an den Standorten der Atomkraftwerke befinden. Ein Endlager für weniger stark radioaktiven Abfall soll 2027 im Schacht Konrad im niedersächsischen Salzgitter in Betrieb gehen.

Wichtiger Schritt bei deutscher Atom-Endlagersuche bis 2027

 Bayerische Rundschau | 20.12.2022 | S. 12

 Auflage: 10.840 | Reichweite: 18.700

 Josef Schäfer

Wie sicher ist Atommüll im Zwischenlager?

Technik In Grafenrheinfeld stehen 54 Castorbehälter mit hochradioaktivem Abfall. Ein Forschungsprojekt soll nun herausfinden, ob diese ausreichend vor Strahlung schützen.

Grafenrheinfeld - Was passiert mit hochradioaktiven Abfällen, wenn sie 40 Jahre in einem Castorbehälter gelagert werden? Das weiß niemand. Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die für die Entsorgung des Mülls zuständig ist und an den Atomkraftwerken Zwischenlager betreibt, will herausfinden, wie sich das Innenleben der Behälter im Laufe der Zeit verändert. Mit einem Forschungsprojekt, dessen Ziele in einer interkommunalen Gemeinderatssitzung in Schwebheim erstmals vorgestellt hat. Betroffen ist auch Grafenrheinfeld.

Die Genehmigung des Brennelemente-Zwischenlagers Grafenrheinfeld (BZR) läuft bis 2046. Bis dahin wird es in Deutschland für die Tausende von Jahren strahlenden Rückstände kein Endlager geben. Die BGZ plant, eine Verlängerung zu beantragen. Dabei wird sie nachweisen müssen, dass das Material in den Stahlbehältern sicher eingeschlossen ist.

Erst einmal, so Physiker Maik Stuke, sei in den USA ein beladener Behälter wieder geöffnet worden. Die Castorbehälter stehen im Fokus der Forschung, weil sie die Schutzziele der Lagerung garantieren sollen: das Verhindern einer nuklearen Kettenreaktion, die durch das Eindringen von Wasser entstehen könnte, sowie die Abschirmung der gefährlichen Strahlung nach außen.

Der Blick der Wissenschaftler ist auf die Metalldichtungen gerichtet. Stuke und sein Team wollen das Langzeitverhalten untersuchen. Der Physiker geht davon aus, dass die verpressten Metalldichtungen der Prüfung standhalten. Derzeit gebe es keine Hinweise, dass ihre Funktion nicht auch über einen langen Zeitraum gewährleistet sei. Die Herausforderung sei, dass es in Deutschland unterschiedliche Behälter mit unterschiedlichem Aufbau und unterschiedlicher Standdauer gibt, die betrachtet werden sollen.

Kein Umladen geplant

Kritik gab es aus den Reihen der Gemeinderäte, dass man keine „heiße Zelle“ vorhalte, in der man beladene Castoren öffnen und das Inventar umpacken könnte, wenn die Behälter unsicher würden. Laut Stuke ist ein Umladen derzeit nicht geplant. Sollte einer der zwei Deckel undicht werden, soll ein dritter den Schutz wiederherstellen. Und würde auch der nächste versagen, sei der Behälter noch transportfähig, um ihn in ein bestehendes AKW-Gebäude zu bringen und dort unter Wasser zu öffnen, erklärte der Physiker.

Zweiter Schwerpunkt sind die Brennelemente: Jedes von ihnen ist aufgebaut mit über 200 Brennstäben, in denen die energiebringenden Uranpellets liegen. Im Blickpunkt sind die Hülsen der Brennstäbe, die die Brennstofftablets an ihrem Platz halten. Das sei wichtig, sagt Stuke: „Solange die Hülsen intakt sind, dringt nichts nach außen.“ Aber sie könnten sich verschieben oder porös werden. Da auch dafür viele verschiedene Materialien verwendet wurden, sei der Aufwand beim Überprüfen des Langzeitverhaltens jedes einzelnen Materials groß.

Diese Experimente sollen in Schweden durchgeführt werden. Das Forschungsprogramm ist bis 2030 angelegt, soll aber fortgeführt werden, zumal 2028 mit 28.000 Brennelementen die Spitze des Lagerungsbedarfs in Deutschland erreicht sein wird. Bis die Castoren in ein Endlager kommen, das es noch gar nicht gibt, sei die BGZ für sie verantwortlich, sagt Stuke.

In Grafenrheinfeld gibt es zwei Zwischenlager: das BZR, in dem 54 Castoren mit verbrauchten Brennelementen aufbewahrt werden, und das Zwischenlager für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle aus dem Rückbau des dortigen AKW landet. Weil diese Stoffe keine Wärme entwickeln, braucht es laut Stuke auch keine wissenschaftliche Untersuchung. Geplant ist, die Container im Endlager Schacht Konrad in Salzgitter zu deponieren, das 2027 in Betrieb gehen soll.